



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

39. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 12. März 1986

Nummer 17

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203010	5. 2. 1986	VwVO d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Ordnung der Laufbahn des gehobenen Bankdienstes in den Geschäftsbereichen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen	240
20313	27. 1. 1986	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten	240
20331	31. 1. 1986	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Arbeiter vom 16. März 1977	242
2127	3. 2. 1986	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Todesbescheinigung	242
2128	4. 12. 1985	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nichtraucherschutz in Diensträumen	269
26	3. 2. 1986	RdErl. d. Innenministers Grundsätze für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und die Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status arbeitslos gewordener ausländischer Arbeitnehmer	243
770 772	4. 2. 1986	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Zusammenstellung der Bauartzulassungen nach § 19h Abs. 1 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz	243
78420	31. 1. 1986	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Qualitäts- und Melkberatungsdienst im Rahmen der Güteverordnung Milch	268

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
31. 1. 1986	Innenminister Bek. - Anerkennung von Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen für Feuerwehren	266
4. 2. 1986	Bek. - Bezeichnung von Unternehmen nach § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO	267
31. 1. 1986	Justizminister Bek. - Ungültigkeitserklärung eines Amtssiegels eines Notars	268
	Stellenausschreibung für das Finanzgericht Düsseldorf	268
4. 2. 1986	Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen Bek. - 12. Sitzung der Vertreterversammlung	268
	Hinweis Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2 v. 13. 2. 1986	270

203010

I.

**Ordnung der Laufbahn
des gehobenen Bankdienstes
in den Geschäftsbereichen
des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie und des Finanzministers
des Landes Nordrhein-Westfalen**

VwVO d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie v. 5. 2. 1986 – Z/A 2 – 20 – 01 – 3/86

Aufgrund des § 4 Abs. 4 und 5 der Laufbahnverordnung (LVO) vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 30), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. November 1983 (GV. NW. S. 539). – SGV. NW. 20301 – wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister bestimmt:

§ 1

Die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Bankdienstes in den Geschäftsbereichen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Finanzministers besitzt, wer für die Laufbahn des gehobenen Bankdienstes bei der Deutschen Bundesbank befähigt ist.

§ 2

Die Beamten führen die Dienst- und Amtsbezeichnungen des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes im Lande Nordrhein-Westfalen.

– MBl. NW. 1986 S. 240.

20313

**Tarifvertrag
über die Arbeitsbedingungen von
Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4100 – 3.18 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.49.01 – 19/86 –
v. 27. 1. 1986

I.

Den nachstehenden Tarifvertrag vom 7. Oktober 1985 über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten, abgeschlossen zwischen dem Land NRW und der Gewerkschaft ÖTV, Bezirksverwaltung NRW I, Düsseldorf, und Bezirksverwaltung NRW II, Bochum, bzw. der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, sowie den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. Oktober 1985 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten vom 21. Februar 1985, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 10. 6. 1985 (MBl. NW. S. 896/SMBL. NW. 20313), abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft – Landesverband NRW – bzw. der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes, Bonn, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 7. Oktober 1985
über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern
an Bildschirmgeräten**

Zwischen

dem Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch den Finanzminister,

und*)

einerseits

andererseits

wird folgendes vereinbart:

*) gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen mit
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirk
NRW I und Bezirk NRW II
und
der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt

- a) für Angestellte des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallen, und
- b) für Arbeiter des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder (MTL II) fallen und deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Arbeiters beträgt.

wenn sie auf Bildschirmarbeitsplätzen im Bürobereich und auf vergleichbaren Arbeitsplätzen außerhalb des Bürobereichs an Bildschirmgeräten für digitale Daten- und Textverarbeitung arbeiten.

§ 2

Bildschirmarbeitsplätze

(1) Bildschirmarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, bei denen die Arbeitsaufgabe mit und die Arbeitszeit am Bildschirmgerät bestimend für die gesamte Tätigkeit sind.

(2) Bildschirmgeräte sind Geräte zur veränderlichen Anzeige von Zeichen oder grafischen Bildern, wie Bildschirmgeräte mit Kathodenstrahl- oder Plasma-Anzeige und vergleichbare Geräte.

(3) Als Bildschirmgeräte im Sinne dieses Tarifvertrags gelten auch Mikrofilm-Lesegeräte für Rollfilme, Mikrofilme und vergleichbare Systeme.

(4) Nicht zu den Bildschirmgeräten im Sinne dieses Tarifvertrages gehören Fernsehgeräte, Monitore und Digitalanzeigegeräte sowie vergleichbare Anzeige- und Überwachungsgeräte, es sei denn, sie werden in bestimmtem Maße für digitale Daten- und Textverarbeitung eingesetzt.

Protokollnotiz zu Absatz 1

Die Arbeitszeit am Bildschirmgerät ist für die gesamte Tätigkeit dann bestimmd, wenn sie durchschnittlich mindestens die Hälfte der Wochenarbeitszeit des Arbeitnehmers beträgt.

§ 3

**Ausstattung und Gestaltung
von Bildschirmarbeitsplätzen**

Bildschirmarbeitsplätze müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik unter Beachtung der arbeitsmedizinischen, arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und ergonomischen Erkenntnisse entsprechen. Nummer 4 der „Sicherheitsregeln für Bildschirm-Arbeitsplätze im Bürobereich“ – GUV 17.8 –, herausgegeben vom Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand e. V. – BAGUV –, Abteilung Unfallverhütung, Marsstraße 46–48, 8000 München 2, ist anzuwenden.

§ 4

Ärztliche Untersuchungen

(1) Vor der Aufnahme der Tätigkeit auf einem Bildschirmarbeitsplatz ist eine ärztliche Untersuchung der Augen durchzuführen.

(2) Nach- bzw. Wiederholungsuntersuchungen sind bei gegebener Veranlassung (§ 7 Abs. 2 BAT), ansonsten nach drei Jahren seit der jeweils letzten Untersuchung vorzunehmen.

(3) Die Untersuchungen gehören als arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 der Richtlinie für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst in den Verwaltungen und Betrieben des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Aufgaben der Betriebsärzte. Sie werden nach Maßgabe des berufsgenossenschaftlichen Grundsatzes für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen „Bildschirm-Arbeitsplätze (G 37)“ vom hierzu besonders ermächtigten Betriebsarzt oder ermächtigten Personalarzt durchgeführt, der erforderlichenfalls eine augenärztliche Untersuchung veranlaßt.

Ist ein personalärztlicher bzw. betriebsärztlicher Dienst nicht vorhanden, sind die Augen bei einem vom Arbeitge-

ber bestimmten überbetrieblichen arbeitsmedizinischen Dienst oder bei einem zur Durchführung der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung der Augen ermächtigten Arzt untersuchen zu lassen.

(4) Die Kosten der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung bei einem vom Arbeitgeber beauftragten Arzt oder einem überbetrieblichen Dienst einschließlich etwaiger notwendiger Kosten für eine Sehhilfe trägt das Land, soweit kein anderer Kostenträger zuständig ist. Dies gilt nicht, sofern der Arbeitnehmer selbst einen ermächtigten Arzt seiner Wahl (freie Arztwahl) beauftragt.

§ 5

Einweisung und Einarbeitung

(1) Vor dem Einsatz auf einem Bildschirmarbeitsplatz ist der Arbeitnehmer rechtzeitig und umfassend in die Arbeitsmethode und die Handhabung der Arbeitsmittel einzuführen. Der Arbeitnehmer ist insbesondere mit der ergonomisch gebotenen Anpassung und Handhabung der Arbeitsmittel vertraut zu machen.

(2) Dem Arbeitnehmer ist ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Einarbeitung zu geben.

§ 6

Schutzvorschriften

(1) Die Umstellung der Tätigkeit des Arbeitnehmers auf einen Bildschirmarbeitsplatz ist nach Möglichkeit so vorzunehmen, daß sie die Eingruppierung nicht beeinträchtigt.

(2) Kann ein Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr auf einem Bildschirmarbeitsplatz eingesetzt werden, so ist er auf einen anderen, möglichst gleichwertigen Arbeitsplatz umzusetzen. Er ist – soweit erforderlich – entsprechend einzuführen oder fortzubilden. Ihm ist ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Einarbeitung zu geben.

(3) Eine Leistungserfassung mittels der eingesetzten Geräte ist für bezahlungsrelevante Feststellungen, jedoch nicht zum Zwecke der individuellen Leistungskontrolle zulässig.

(4) Werdende Mütter dürfen nicht an Bildschirmgeräten beschäftigt werden, soweit nach ärztlichem Zeugnis die Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist.

(5) Der erstmalige Einsatz eines Arbeitnehmers auf einem Bildschirmarbeitsplatz bedarf der Zustimmung des Arbeitnehmers, wenn dieser das 55. Lebensjahr vollendet hat.

§ 7

Arbeitsunterbrechungen

(1) Führt die Tätigkeit auf einem Bildschirmarbeitsplatz durch fast dauernden Blickkontakt zum Bildschirm oder laufenden Blickwechsel zwischen Bildschirm und Vorlage oder die dadurch gegebenenfalls verursachte einseitige Körperhaltung des Arbeitnehmers zur Ermüdung, ist nach 50-minütiger Tätigkeit Gelegenheit zu einer Unterbrechung dieser Tätigkeit von zehn Minuten zu geben. Unterbrechungen nach Satz 1 entfallen, wenn Pausen und Tätigkeiten, die die Beanspruchungsmerkmale des Satzes 1 nicht aufweisen, anfallen.

Die Unterbrechungen dürfen nicht zusammengezogen und nicht an den Beginn oder das Ende der täglichen Arbeitszeit des Arbeitnehmers gelegt werden.

(2) Unterbrechungen nach Absatz 1 Satz 1 werden auf die Arbeitszeit angerechnet.

§ 8

Mischarbeitsplätze

Bildschirmarbeitsplätze sind möglichst als Mischarbeitsplätze einzurichten, wenn es organisatorisch zweckmäßig ist.

§ 9

Bildschirmunterstützte Tätigkeit

Erfordert die Tätigkeit an einem Bildschirmgerät (§ 2) fast dauernden Blickkontakt zum Bildschirm oder laufenden Blickwechsel zwischen Bildschirm und Vorlage über

eine fortlaufende Zeit von wenigstens vier Stunden, ohne daß ein Bildschirmarbeitsplatz vorliegt, gilt § 7 entsprechend.

§ 10

Übergangsvorschriften

Die Untersuchung nach § 4 Absatz 1 ist bei bereits auf Bildschirmarbeitsplätzen tätigen Arbeitnehmern, soweit nicht in vergleichbarer Weise bereits vorher durchgeführt, unverzüglich nachzuholen.

§ 11

Inkrafttreten, Laufzeit

(1) Dieser Tarifvertrag tritt am 1. November 1985 in Kraft.

(2) Er tritt außer Kraft, sobald ein von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für das Land NRW geltender Tarifvertrag über die Arbeit an Bildschirmgeräten in Kraft tritt. Für diesen Fall wird die Nachwirkung gemäß § 4 Abs. 5 des Tarifvertragsgesetzes ausgeschlossen. Im übrigen kann er mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden.

Düsseldorf/Bochum, 7. Oktober 1985

Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. Oktober 1985 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten vom 21. Februar 1985

Zwischen
dem Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch den Finanzminister,

einerseits
und*) andererseits
wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten vom 21. Februar 1985 wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält die folgende Fassung:

§ 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt

- für Angestellte des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallen,
und
- für Arbeiter des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder (MTL II) fallen und deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigte Arbeiters beträgt,

wenn sie auf Bildschirmarbeitsplätzen im Bürobereich und auf vergleichbaren Arbeitsplätzen außerhalb des Bürobereichs an Bildschirmgeräten für digitale Daten- und Textverarbeitung arbeiten.

2. In § 2 erhält die Protokollnotiz zu Absatz 1 die folgende Fassung:

Protokollnotiz zu Absatz 1

Die Arbeitszeit am Bildschirmgerät ist für die gesamte Tätigkeit dann bestimmd, wenn sie durchschnittlich mindestens die Hälfte der Wochenarbeitszeit des Arbeitnehmers beträgt.

*) Gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf und der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes, Bonn.

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. November 1985 in Kraft.

Düsseldorf, den 7. Oktober 1985

II.

Abschnitt B Nr. 6 Buchst. a des Gem. RdErl. v. 10. 6. 1985 (MBI. NW. S. 896/SMBI. NW. 20313) erhält die folgende Fassung:

6. Sonstiges

- a) Die Rechte und Pflichten der Personalvertretungen nach dem Landespersonalvertretungsgesetz bleiben durch den Tarifvertrag unberührt. Eine Beteiligung des Personalrats kann beispielsweise in Betracht kommen bei
 - der Umsetzung auf einen Bildschirmarbeitsplatz oder von einem Bildschirmarbeitsplatz im Sinne des § 72 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 LPVG,
 - der Anwendung von Bildschirmgeräten, soweit sie geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen im Sinne des § 72 Abs. 3 Nr. 1 LPVG,
 - der Einführung, wesentlicher Änderung oder wesentlicher Ausweitung von Bildschirmarbeitsplätzen, sofern damit im Sinne von § 72 Abs. 3 Nr. 3 LPVG eine Änderung der Arbeitsmethoden verbunden ist,
 - Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen im Sinne des § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 7 LPVG,
 - der Gestaltung der Arbeitsplätze im Sinne des § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 10 LPVG,
 - der Vorbereitung von Organisationsplänen (Einführung von Mischarbeitsplätzen) im Sinne des § 75 Nr. 1 LPVG.

Der Abschluß von Dienstvereinbarungen ist nach wie vor nicht zulässig (§ 70 Abs. 1 Satz 2 LPVG).

– MBI. NW. 1986 S. 240.

20331

**Tarifvertrag
über ein Urlaubsgeld für Arbeiter
vom 16. März 1977**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4240 – 5 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.24.10-3/86 –
v. 31. 1. 1986

In den Durchführungsbestimmungen zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Arbeiter (Abschnitt B des Gem. RdErl. v. 24. 3. 1977 – SMBI. NW. 20331) wird in Nummer 3 der Satz 2 gestrichen.

– MBI. NW. 1986 S. 242.

2127

Todesbescheinigung

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 3. 2. 1986 – V B 1 – 0261.1

Nach § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Leichenwesen vom 7. August 1980 (GV. NW. S. 756), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. November 1984 (GV. NW. S. 870), – SGV. NW. 2127 – darf eine Leiche erst bestattet werden, wenn nach Ausstellung einer Todesbescheinigung durch einen Arzt der Sterbefall durch den Standesbeamten im Sterbebuch eingetragen worden ist.

1 Aussstellung der Todesbescheinigung

Die Todesbescheinigung (Anlage¹) besteht aus zwei zusammenhängenden selbstdurchschreibenden Vor-

¹⁾ Die Anlage wird wegen des aufwendigen Herstellungsverfahrens gesondert gedruckt. Je ein Exemplar wird den Gesundheitsämtern unmittelbar und den übrigen Abonnenten auf Anforderung kostenlos über sandt.

drucksätzen mit insgesamt vier Blättern. Blatt 1 und 2 (Vordrucksatz 1) enthalten den nichtvertraulichen Teil; Blatt 3 und 4 einschließlich Beiblatt bilden den vertraulichen Teil (Vordrucksatz 2). Die Todesbescheinigung ist vom aussstellenden Arzt zu unterschreiben und mit seinem Stempel zu versehen. Die Todesbescheinigung enthält die nach § 37 des Personenstands gesetzes (PStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1854), zur Eintragung in das Sterbebuch für den Standesbeamten erheblichen Angaben. Der vertrauliche Teil enthält die ärztlichen Eintragungen über die Todesursache. Der verschlossene/vertrauliche Teil der Todesbescheinigung darf nur durch den Amtsarzt oder einen anderen Arzt des zuständigen Gesundheitsamtes geöffnet werden. Hinweise für die Ausfüllung und Handhabung der Todesbescheinigung enthalten die Erläuterungen des Vordrucksatzes.

2 Anzeige und Beurkundung des Sterbefalles

2.1 Den zur Anzeige des Sterbefalles verpflichteten Personen werden sowohl der nicht vertrauliche Teil als auch der vertrauliche Teil der Todesbescheinigung zur Vorlage beim Standesamt ausgehändigt. Nach Eintragung in das Sterbebuch (Beurkundung) und nach Vermerk der Standesamtsbezeichnung und Sterbebuchnummer auf Blatt 1 übersendet der Standesbeamte die Todesbescheinigungen (beide Vordrucksätze) unverzüglich (täglich gesammelt) an das für den Sterbeort (Auffindungs ort einer Leiche) zuständige Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt überträgt die Standesamtsbezeichnung und Sterbebuchnummer auf Blatt 3.

2.2 Ist der Sterbefall in das Verzeichnis der angezeigten, aber noch nicht im Sterbebuch beurkundeten Sterbefälle eingetragen worden, so übersendet der Standesbeamte die Todesbescheinigung (ohne Blatt 1) nach Vermerk der Standesamtsbezeichnung und der Vormerklistennummer unverzüglich, das Blatt 1 nach Beurkundung des Sterbefalles, an das zuständige Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt überträgt die Sterbebuchnummer auf Blatt 2 bis 4.

2.3 Verzögert sich die Ausfüllung des vertraulichen Teils (weil z. B. ein Sektionsbefund erwartet wird), so wird den zur Anzeige des Sterbefalles verpflichteten Personen nur Blatt 1 zur Weiterleitung an das Standesamt ausgehändigt. Nach Vervollständigung des vertraulichen Teils wird dieser verschlossen und zusammen mit Blatt 2 des Vordrucksatzes 1 unmittelbar dem zuständigen Gesundheitsamt übersandt. Das Gesundheitsamt überträgt die Standesamtsbezeichnung und Sterbebuchnummer auf Blatt 2 bis 4.

3 Prüfung durch das Gesundheitsamt

Die Gesundheitsämter öffnen die Tasche der Todesbescheinigung und prüfen vor allem die Angaben in dem vertraulichen Teil; sollten sich hierbei trotz Eintragung eines natürlichen Todes im nicht vertraulichen Teil auf der offenen Vorderseite Anhaltspunkte für die Annahme eines Todes aus nicht natürlicher Ursache ergeben, so ist unverzüglich die örtlich zuständige Kreispolizeibehörde zu benachrichtigen. Gleichzeitig ist der Standesbeamte zu unterrichten, der bei bereits vorgenommener Eintragung in das Sterbebuch gehalten ist, je nach dem Ergebnis der nachträglich eingeleiteten amtlichen Ermittlungen eine Berichtigung des Eintrags vorzunehmen.

4 Statistische Auswertung

Nach Abschluß der Prüfung durch den Amtsarzt wird Blatt 4 der Todesbescheinigung monatsweise gesammelt und bis spätestens zum 10. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zugeleitet. Zur Gewährleistung des Datenschutzes ist eine Übermittlung in reißfesten Versandtaschen als Wertbrief bzw. Wertpaket erforderlich.

Die Bearbeitung im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen unterliegt nach § 11 des Bundesstatistikgesetzes – BStatG – vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) der Geheimhaltung. Der Statistikteil (Blatt 4) wird nach Abschluß der Auswertungen durch das LDS NW vernichtet.

5 Aufbewahrung und wissenschaftliche Auswertung

Blatt 1 und 3 der Todesbescheinigung werden von den für den Sterbeort (Auffindungsort einer Leiche) zuständigen Gesundheitsämtern mindestens 10 Jahre lang aufbewahrt. Die darin enthaltenen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, insbesondere die Angaben des vertraulichen Teils, unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

Die Übermittlung von Daten aus Todesbescheinigungen an Dritte ist zulässig, soweit ein Gesetz sie erlaubt (z. B. §§ 21 bis 24 des Sozialgesetzbuches (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1985 (BGBl. I S. 1144), und § 4 des Krebsregistergesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. Februar 1985 (GV. NW. S. 125/SGV. NW. 21260).

Darüber hinaus ist die Übermittlung von personenbezogenen Daten aus Todesbescheinigungen an Dritte im Hinblick auf den über den Tod hinaus fortwirkenden Persönlichkeitsschutz nur dann zulässig, wenn die nächsten Angehörigen ihr Einverständnis erteilt haben oder im Falle einer wissenschaftlichen Auswertung das Forschungsinteresse das Recht des Verstorbenen auf Schutz seiner Persönlichkeit überwiegt. Kann der Zweck einer wissenschaftlichen Auswertung durch anonymisierte Datenübermittlung erreicht werden, so ist die Übermittlung von Identitätsangaben unzulässig. Von der Herausgabe der Original-Todesbescheinigungen ist grundsätzlich abzusehen.

6 Beschaffung der Vordrucke

Die Vordrucke¹⁾ der Todesbescheinigungen werden von den Gesundheitsämtern beschafft, die sie an die Ärzte kostenlos abzugeben haben.

7 Inkrafttreten

T. Spätestens ab dem 1. Mai 1986 ist nur noch der neue Vordrucksatz zu verwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt können sowohl die bisherigen Vordrucksätze als auch die neuen Vordrucksätze verwendet werden.

8 Aufhebungsvorschrift

Mein RdErl. v. 22. 10. 1975 (SMBI. NW. 2127) wird aufgehoben.

¹⁾ Zu beziehen bei: Verlag: W. Bertelsmann Verlag KG Bielefeld, Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Köln

– MBI. NW. 1986 S. 242.

26

**Grundsätze
für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis
und die Verfestigung
des aufenthaltsrechtlichen Status
arbeitslos gewordener ausländischer Arbeitnehmer**

RdErl. d. Innenministers v. 3. 2. 1986 – IC 4/43.324

Mein RdErl. v. 13. 8. 1984 (SMBI. NW. 26) wird wie folgt geändert:

1 Nach Nummer 1.8 wird folgende Nummer 1.9 eingefügt:

1.9 Von einer nachträglichen Befristung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis wegen Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist abzusehen.

2 In Nummer 2.1 der Anlage wird bei der Aufzählung der ausländischen Vertragsparteien der EFA nach „Schweden“ eingefügt:

Spanien 1984 205

– MBI. NW. 1986 S. 243.

770
772

**Zusammenstellung der Bauartzulassungen
nach § 19 h Abs. 1 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz**

RdErl. d. Ministers für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
v. 4. 2. 1986 – III B 7 – 8509/1 – 18689

Die Zusammenstellung enthält die bis zum 31. 12. 1985 erteilten im Geltungsbereich des Wasserhaushaltsgesetzes gültigen wasserrechtlichen Bauartzulassungen. Sie wird jährlich fortgeschrieben. Bauartzulassungen, die bis 31. 12. 1985 oder früher befristet waren, sind nicht mehr aufgeführt. In Nordrhein-Westfalen ist für die wasserrechtliche Bauartzulassung das Landesamt für Wasser und Abfall zuständig. Dort können weitere Informationen eingeholt werden.

Die Bauartzulassungen sind entsprechend dem Typ des Anlagenteils und seiner Aufstellungsart in Gruppen zusammengefaßt. In der Zusammenstellung sind unter den Begriffen „Tanktyp“ bzw. „Typenbezeichnung“ der Markenname und soweit möglich Aufbauart, Material und bei Behältern der Rauminhalt angegeben.

- A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Aufangraum
- B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Aufangraum
- C. Kunststoffbehälter, unterirdisch, einwandig
- D. Kunststoffbehälter, unterirdisch, doppelwandig
- E. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, einwandig
- F. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, doppelwandig
- G. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, mit Leckschutzauskleidung
- H. Asbestzementbehälter mit PVC-Leckschutzauskleidung, unterirdisch, doppelwandig
- I. Einwandige Stahlbehälter, oberirdisch
- K. Doppelwandige Stahlbehälter, oberirdisch
- L. Einwandige Stahlbehälter, oberirdisch, mit Kunststoffinnenhülle
- S. Anlagenteile und Schutzvorkehrungen
- W. Tabellen der Lagermedien

Abkürzungen:

- BZ: Bauartzulassung
- DK: Diesekraftstoff
- GfK: glasfaserverstärkter Kunststoff
- HEL: Heizöl EL
- LAG: Leckanzeigegerät
- LSA: Leckschutzauskleidung
- MGÖ: gebrauchte Motoren- und Getriebeöle der Gefahrenklasse A III
- PA: Polyamid
- PE: Niederdruck-Polyäthylen
- PP: Polypropylen
- WSG: Wasserschutzgebiet

Der RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 13. 2. 1985 (SMBI. NW. 770) wird aufgehoben.

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwändig im Aufenthaltsraum

Tanktyp	Hersteller Oder Einführer	Land	Beschreibung	Lagermedium	Zone 111 MS6	Bemerkungen
Gfk, Palatal P 6, Vestopal 160, Ukapon T 216, Batteriebehälter 1000/1500/2000 1	Chemo.-Werk Bayern GmbH, Fabrik für Kunst- stoffbehälter 8801 Schnellendorf	BY	Bayer. Staats- ministerium des Innern vom 30.11.1983	HEL OK MS6	Ja	1) MGÜ nur in Einzelbehälter zulässig 2) Behälter aus P 6, T 216 als Einzelbeh. auch zur Aufstellung im Freien geeignet.
Gfk, geneigter Dom, 4 000 - 10 000 l	Boyer, Behälterbau Stefan-Nau 8052 Moosburg-Pfraunbach	BY	LRA Freising v. 22.02.1979 mit And. v. 16.09.80	HEL, DK	Ja	
Gfk 4 000 - 10 000 l	Boyer, Behälterbau Stefan-Nau 8052 Moosburg-Pfraunbach	BY	LRA-Freising v. 22.02.1979 mit And. v. 16.09.80	HEL, DK	Ja	
PE 3 000 - 48 000 l	Schwaben-Kunststoff 8931 Langenneufnach	BY	LRA Augsburg v. 23.07.1979 mit And. v. 25.06.81	Tabelle 1	nein	nach § 19 I Satz 3 WKG prüfpflichtig
Gfk, Batterietank 1 000/1 510/2 000 1	Heintz KG 6342 Heiger	HE	HE-Sozialminister v. 14.11.1978	HEL, DK	Ja	
PE, Batterietank 1 000/1 100/1 600 / 2 000/2 400/3 000 1	Rothwerke GmbH 3563 Deutphetal 2	HE	HE-Sozialminister v. 12.12.78	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschield	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
PE, Batterietank 750 l	Rothwerke GmbH 3563 Dautphetal 2	HE	HE-Sozialminister v. 13.12.78	HEL, DK	Ja	
PA-6, Batterietank 1 000/1 500/2 000 l	Selbhel & Reitz KG 3560 Biedenkopf-Breitenstein	HE	HE-Sozialminister v. 28.9.1978 mit And. v. 10.1.79	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter
PA-6, Batterietank 1 000/1 500/2 000 l	Hau GmbH & Co. 4700 Hamm	NW	Reg.-Präds. Arnsberg v. 1.9.1978	HEL, DK	Ja	
Hostalen, Merit-Tank 5 000 l	Merit-Kunststoffe W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen	RP	Kreisverwaltung Altenkirchen v. 5.2.1979	Füllsiegdünger, Engro 28-N-Lösung, Preysol 10/34-Lösung	Ja	a) nur als Einzeltank zugelassen b) Auffangraum muß mit lagergutbeständiger Beschichtung abgedichtet sein.
PA-6, Jung-Nylon Batterietank 1 000/1 500/2 000/ 2 500 l	Jung-Werke GmbH 5241 Wehrbach/Sieg	RP	RP-MLWF v. 14.3.1980	HEL, DK, MGÜ	Ja	1. Behälter mit 2 500 l Rauminhalt mit Einzelbandage 2. MGÜ nur in Einzelbehälter
Lupolen 4261 Ax, Hostalen GM VP 7745 6 Batterietank 1 000/1 600/1 850/ 2 000/2 500/3 000 l	Schütz-Werke GmbH & Co. KG 5418 Selters/WW.	RP	RP-MLWF v. 24.9.1979	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwändig im Außenraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone	Bemerkungen
PE "Lupolen 4261 A. Hostalen GM Vp 7745 P" Batterie- behälter, 1 100/ 1 500/2 000/2 500 1	Kautex-Werke Reinold Hagen GmbH 5300 Bonn-Holzlar 1 Zweigwerk 5248 Wissen/Sieg	RP	RP-MILMF v. 14.03.1980	HEL, DK, MGÖ	ja	MGÖ nur in Einzelbehälter
PE "Lupolen 4261 A" ohne Bandage Batteriebehälter 1 100/1 500/2 000 1	Kautex-Werke Reinold Hagen GmbH 5300 Bonn-Holzlar 1 Zweigwerk 5248 Wissen/Sieg	RP	RP-MILMF v. 22.09.1980	HEL, DK	ja	
Batteriebehälter 1 000/1 500/2 000 1 Hostalen GM 7745	Rothwerke GmbH 3563 Deutphetal 2	HE	HE-Sozialminister v. 05.02.1980	HEL, DK	ja	
Lupolen 4261 A Hostalen GM 7745 P Batterietank 1 000/1 600/2 000 1	Schlitz-Werke GmbH & Co. KG 5410 Selters/Nrw.	RP	RP-MILMF v. 29.01.1981	HEL, DK	ja	MGÖ nur in Einzelbehälter
Lupolen 4261 A Hostalen GM 7745 P. Batterietank 1 000/1 100/1 500/ 1 650/2 000/2 500/ 3 000 1/5 000 1	Merit-Kunststoffw. W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen/ Westerwald	RP	RP-MILMF v. 18.05.1981	HEL, DK, MGÖ	ja	MGÖ nur in Einzelbehälter

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einständig im Außenraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschäd.	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
Hostalen 6M 7745 P, Filter A 5920, UNIFOS DMDS 2215 Batterietank	Merit-Kunststoffw. W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen/ Westerwald	RP	RP-MULF v. 25.05.1981	MEL, DK	ja	
1 000/1 500/2 000 l						
6fk-Batteriebehälter 1 000/1 500 / 2 000 l	Dekoust GmbH 3070 Münburg/Meser	NS	Bez.-Reg. Hannover v. 20.07.1981	MEL, DK	ja	
PA-6, Batterietank 2 000 l	Stefan Nau GmbH & Co. 7405 Dettenhausen	BW	BW-MELUF v. 20.06.1981	MEL, DK, MEL	ja	MEL nur in Einzelbehälter
Hostalen 6M 7745 P, Lupolen 4261 A, Batterietank	Dekoust GmbH 6906 Leimen	BW	BW-MELUF v. 20.08.1981	MEL, DK, MEL	ja	1. MEL nur in Einzelbehälter 2. Batteriebehälter nur mit Behälter bis 2000 l zu- lässig
1 000/1 100/1 500/ 1 600/2 000/2 500/ 3 000/4 000 l						
Hostalen 6M 7745 P Haushaltstank mit Auf- fangwanne	Roth Werke GmbH 3563 Dautphetal- Buchenau	HE	HE-Sozialminister vom 05.01.1982	MEL, DK	ja	nur als Einzelbehälter, Befüllung ohne festen Anschluß
750/1000 l						
Lupolen 4261 A Batterietank belos	Selo-Eisenwerk Streuber & Lohmann GmbH & Co KG 4900 Herford	NW	LWA NW vom 30.09.1981	MEL, DK	ja	
ohne Bandagen 1000/1500/2000 l						

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Außenraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone	Bemerkungen
					III	WSG
PA-6 Batterietank 2000 l	Stefan Nau GmbH & Co 4700 Hamm/Westf. 5 Auf dem Knauf 6	NW	LWA NW vom 11.06.1982	HEL, DK, WSG	ja	WSG nur in Einzelbehälter
GFK mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachboden tank bis 170 m ³	Bleiverke Goslar KG 3380 Goslar im Werk 3320 Salzgitter 51	NS	Bez.-Reg. Braunschweig vom 05.05.1982	Tabelle 2	ja	mit Flüssigkeitssstands- anzeige
Lupolen 4261 A Batterietank ohne Bandagen 750 l	RW Rotex GmbH & Co 7129 Gütingen Frauenzimmer	BW	BW-MELUF vom 02.07.1982	HEL, DK	ja bis 10000 l	mehr als 1000 l mit Grenzwert-
Guß-6-Polyamid Batterietank 1500 l	Stefan Nau GmbH & Co 7405 Dettenhausen	BW	BW-MELUF vom 13.08.1982	HEL, DK, WSG	ja	WSG nur in Einzelbehälter
Leguan W 16 Einzel tank 3000-20000 l	Dipl.-Ing. Adolf Voß 5788 Winterberg 2	NW	LWA NW-19h-82/5.0 vom 03.12.1982	HEL, DK	ja	befristet bis 31.12.1987
Polyethylen Hosten GW 7745 Batteriebehälter bandagenlos 800 l	Roth-Merke GmbH 3563 Dautphetal- Buchenau	HE	HE-MELUF 05.10.1982	HEL, DK	ja	

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwändig im Aufenthaltsraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschreibung	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
GFK, Palatal P 6 1000/1500/2000 l	Chemo-Werk Bayern GmbH Fabrik für Kunst- stoffbehälter 8801 Schnellendorf	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 25.03.1983	Tabelle 3	ja	
PA - 6 Butterrietanks 1000/1500 l	Stefan Nau GmbH u. Co. 4700 Hamm/Westf. 5	NW	LWA NW-19 h-93/1.0 vom 28.04.1983	HEL. DK, MSG	ja	1. MSG nur in Einzel- behältern 2. befristet bis 31.05.1988
PA - 6	Stefan Nau GmbH u. Co. 7405 Dettenhausen	BW	BW - MELUF vom 09.06.1983	HEL. DK, MSG	ja	
GF - UP mit Ausklei- dung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	formo-plast-chemie Dr. Hans Keller GmbH 7919 Nordholz	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 06.10.1983	Tabelle 2	ja	
GFK mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 170 m ³	W. Thieme GmbH u. Co. KG Tullastraße 11 7835 Tübingen/Baden	BW	BW-MELUF vom 06.10.1983	Tabelle 2	ja	
GFK mit Auskleidung aus PVC Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Tank- und Apparatebau Schmitzert GmbH 4720 Beckum	NW	LWA NW - 19 h - 83/2.0 vom 16.08.1983	Tabelle 2	ja	befristet bis 30.09.1988

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwändig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschreibung	Lagermedium	Zone III	Bemerkungen
6fk mit Schutzschicht oder Chemieschutzschicht Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Tank- und Apparatebau Schwietert GmbH 4720 Beckum	NW	IWA NW - 19 h - 83/6.0 vom 30.11.1983	Tabelle 5	Ja	befristet bis 30.11.1988
PE Lupolen 4261 A Batterietank 1000 l	RW Rotex GmbH u. Co. 7129 Esslingen - Frauenzimmer	BW	BM-MELUF vom 21.02.1984	HEL. DK	Ja	in Zone III darf der Gesamtstaubinhalt 10.000 l nicht überschreiten
PA - 6 Batterietanks 1000/1500/2000 l	Bayerischer Behälterbau Stefan Kau GmbH u. Co. 8052 Moosburg	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 09.03.1984	HEL. DK. M6Ü	Ja	
6f - UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Hürner GmbH 6000 Frankfurt/Main Rödelheim	HE	HE-MULUF vom 08.05.1984	Tabelle 2	Ja	
6f - UP mit Auskleidung Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Harzer Apparatewerke KG Schwemann u. Althoff 3205 Bockenem 2	NS	Bez.Reg. Hannover vom 20.06.1984	Tabelle 2	Ja	
6f - UP mit Auskleidung Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Theodor Yancik GmbH - Staffelstein - 5520 Bitburg	RP	RP-MULUF vom 12.07.1984	Tabelle 2	Ja	
6f-UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bei 300 m ³	Theodor Yancik GmbH - Staffelstein - 5520 Bitburg	RP	RP - MUG vom 03.07.1985	Tabelle 6	Ja	befristet bis 24.04.1990; Anforderungen an Aufstellung der Behälter abhängig von Lagermedium und Behältergröße lt. Prübschein PA-VI 311.011 des IfBt vom 24.04.1985

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwändig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschleid	Lagermedium	Zone	Bemerkungen
					III	
					WSG	
PE Lupolen 4261 A in Auffangwanne 700 l, 1000 l	Schütz-Werke GmbH & Co. KG 5418 Selters	RP	RP-MLWF vom 11.03.1985	Tabelle 4 Hydrauliköle H, HL und H-LP DIN 51524, 51525	ja	befristet bis 30.11.1986
6f-UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Erika Rheinische Kunst- stoff GmbH 5300 Bonn-Lengsdorf	NW	LWA NW-19 h-05/1.0 vom 21.06.1985	Tabelle 2	ja	befristet bis 30.06.1990

B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschreibung	Lagermedium	Zone	Genehmigungen
Gfk, Palatal P 6, Vestopal 160, Ukpose T 216. Batteriebehälter 1000/1500/2000 l	Chemo-Werk Bayern GmbH Fabrik für Kunststoff- behälter 8801 Schnellendorf	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 30.11.1983	HEL, DK, MSG	nein 1) MSG nur in Einzelbehäl- ter mit Auffangraum 2) Beh. aus P 6 und T 216 als Einzelbehäl- ter auch im Freien verwendbar	
			3) Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III ver- wendet werden			
Gfk 4000 - 10000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Neu 8052 Moosburg/Pfarrbach	BY	LRA Freising vom 22.02.1979 mit And. von 16.09.1980	HEL, DK	nein	
Gfk, Batterietank 1000/1510/2000 l	Heintz KG 6342 Heiger	HE	HE-Sozialminister vom 14.11.1978 mit And. vom 14.11.1983	HEL, DK	nein	Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III ver- wendet werden
Gfk, Nikortank 1000/1500/2000 l	Hanschott KG 6291 Reichartshausen	BW	BW-KELUF vom 26.08.1979	HEL, DK	nein	
Gfk, Batterietank 1700 l und kleine Gruben	Bernauer GmbH & Co. 5471 Kretz	RP	Krs. Mayen-Koblenz vom 28.07.1978	HEL, DK	nein	
Gfk, Batteriebehälter 1000/1500/2000 l	Dehoust GmbH 3070 Münster/Weser	NS	Bez.-Reg. Hannover vom 20.07.1981	HEL, DK	nein	Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III ver- wendet werden

B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone I II WS6	Bemerkungen
6fk. Vestopal 150, Lamellen 3740 Batteriebehälter Apollo 650 // 1000 / 1500 / 2000 1	H. Ziegler GmbH 5358 Bad Münster- eifel	NW	LWA NW - 19 h - 82/4.0 vom 08.11.1982	HEL, DK	nein	1) befristet bis 30.11.1987 2) Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III ver- wendet werden
			3) mehr als 1000 l mit Grenzwertgeber			
6fk. Palatal P 6 1000/1500/2000 1	Chemo-Werk Bayern GmbH Fabrik für Kunststoff- behälter 8801 Schnellendorf	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 25.03.1983	Tabelle 4	nein	Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III verwendet werden
6fk - UP mit Auskleidung Flachbodenbehälter bis 300 m ³	formo-plast-chemie Dr. Hans Keller GmbH 7919 Nordholz	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 06.10.1983	Tabelle 2	nein	
6fk mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 170 m ³	W. Thiele GmbH u. Co. KG 7833 Tübingen/Baden	BU	BU-MELUF vom 06.10.83	Tabelle 2	nein	
6f - UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Münner GmbH 6000 Frankfurt/Main- Rödelheim	HE	HE-MULUF vom 08.05.1984	Tabelle 2	nein	
6F - UP mit Auskleidung aus PVC Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Harzer Apparatewerke KG Schwemann u. Althoff 3205 Bockenem 2	HS	Bez.Reg. Hannover vom 20.06.1984	Tabelle 2	nein	

B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
Gf-UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Theodor Vanck GmbH - Staffelstein - 5520 Bitburg	RP	RP-MUG vom 03.07.1985	Tabelle 6	nein	befristet bis 24.04.1990; Anforderungen an Aufstellung und Ausrüstung der Behälter abhängig von Lagermedium und Behältergröße lt. Prüfbescheid PA-VI 311.011 vom 24.04.1985

C. Kunststoffbehälter, unterirdisch, einwändig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschied	Lagermedium	Zone I II WSG	Bemerkungen
6fk, Nau-Terra 4 000 - 16 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfombach	BY	LRA-Freising v. 17.01.1979 mit And. v. 25.07.1979. 16.09.80 und 08.07.81	HEL, DK	Ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig
6fk, Nau-Terra 10 000 - 30 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfombach	BY	LRA Freising v. 17.01.1979 mit And. v. 25.07.1979. 16.9.1980 und 8.7.1981	HEL, DK	Ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig
6fk, Nau-Terra 20 000 - 60 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfombach	BY	LRA Freising v. 18.01.1979 mit And. vom 25.07.1979, 16.09.1980 und 08.07.1981	HEL, DK	Ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig
6fk, Nau Terra, 30 000 - 100 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfombach	BY	LRA Freising v. 18.01.1979 mit And. vom 25.07.1979, 16.09.1980 und 08.07.1981	HEL, DK	Ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig

C. Kunststoffbehälter, unterirdisch, einwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschreibung	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
Gfk, Nau-Kugel 6 000/8 000 / 10 000/12 000 l	Nau GmbH & Co. KG 4700 Hamm	NW	Reg.-Präss. Arnsberg v. 19.03.1979	HEL, DK		nein
Gfk-Poly 51/61/76/81/101/ 131/151 5 000 - 15 000 l	Dahmit-Betonwerke 8500 Nürnberg	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 24.08.1983 mit And. vom 09.09.1983	HEL, DK	Ja 2) befristet bis 31.07.88	1) Verwendung nur mit LAG
Gfk, Nau-Kugel 6 000/8 000 / 10 000/12 000 l	Bayer. Behälterbau Stefan Nau GmbH & Co. 8052 Moosburg	BY	IRB Freising v. 08.07.1981	HEL, DK	Ja mit LAG	nachträglicher Einbau von LAG zugelassen.
Gfk-Poly 32/52/62/102/132 3500, 50000, 80000, 100000, 130000 l	Haase-Bau GmbH 2350 Neumünster	SH	Stadt Neumünster v. 13.08.1981 mit Änderung v. 03.12.1982 und 06.09.1984	HEL, DK, MGÜ	Ja	befristet bis 01.09.1986
Gfk-Poly 51/61/76/81/ 101/131/151/ 5000-15000 l	Haase-Bau GmbH 2350 Neumünster	SH	Stadt-Neumünster vom 05.11.1981 mit Änderung vom 03.12.1982 und 03.02.1983	HEL, DK, MGÜ	Ja 2) befristet bis 31.03.88	1) Verwendung nur mit LAG zugelassen

D. Kunststoffbehälter, unterirdisch, doppelwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone 111 WSG	Bemerkungen
GFK, Palatal P 50 T, Alpolit SUP 343 Kugeltank DKF 4000/5000/6000/ 8000/10000/12000 l	Boyerischer Behälterbau Stefan Kau GmbH & Co. 8052 Moosburg	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 16.01.84	HEL. DK	ja	

E. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, einwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschleid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen

Zur Zeit keine BZ erteilt:

F. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, doppelwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschleid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
Stahlbeton mit LSA	Tankbau Garant, TPM 5000/6000/7500/ 8000/10000/12000 1	BW	BW-MELUF vom 06.06.1980 mit And. vom 18.10.1983 und 20.08.1984	HEL, DK	Ja	1) Behälter mit Rauminhalt- ten 6000/8000 1 befristet bis 31.03.85 2) Behälter mit Rauminhalt- ten 5000/7500/10000/ 12000 1 befristet bis 31.05.87

6. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, mit Leckschutzauskleidung

H. Asbestzementbehälter mit PVC-Leckschutzauskleidung, unterirdisch, doppelwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen

Zur Zeit keine BZ erteilt

I. Einwendige Stahlbehälter, oberirdisch

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
D 1, zyl. Behälter, St 37, 100 - 1 000 l	Martin Adam Kühlerbau KG 4670 Lünen	NW	LWA NW - 19 h - 83/5.0 vom 15.09.1983	DK	nein	1) befristet bis 30.09.1988 2) bei Aufstellung im Auf- fangraum auch verwend- bar in Zone III
D 3, eckiger Beh. St 37 50-500 l	Martin Adam Kühlerbau KG 4670 Lünen	NW	LWA NW - 19 h - 83/3.0 vom 15.09.1983	DK	nein	1) bei Aufstellung im Auf- fangraum auch verwend- bar in Zone III 2) befristet bis 30.09.1988
T 1, zyl. Behälter St 37 100 - 1000 l	H. Schuler GmbH Maschinen- und Apparatebau 6708 Neuhofen	RP	RP-MWF vom 17.07.1984	DK	nein	1) bei Aufstellung im Auffangraum auch verwendbar in Zone III 2) befristet bis 30.09.1988

K. Doppelwandige Stahlbehälter, oberirdisch

Typ	Hersteller oder Einführer	Land	Beschreibung	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
D 12, zyl. Beh. St. 37 250 - 1500 l	Martin Adam GmbH 4670 Lünen	NW	LWA NW- 19 H-05/1.0 vom 31.01.1985 mit Änderung vom 22.07.1985	DK	nein	1) befristet bis 31.01.1990 2) bei Aufstellung im Auffangraum oder Aus- rüstung mit LAG in Zone III zugelassen
T 2, zyl. Beh. St 37 250 - 1000 l	H. Schuler GmbH Maschinen- u. Apparatebau 6708 Neuhofen	RP	RP-HLWF vom 17.07.1984	DK	nein	1. befristet bis 30.09.1988 2. bei Aufstellung im Auffangraum oder Aus- rüstung mit LAG in Zone III zugelassen
D 2, zyl. Beh. St 37, 250 - 1 000 l	Martin Adam Kühlerbau KG 4670 Lünen	NW	LWA NW - 19 h - 83/4.0 vom 15.09.1983 mit Änderung vom 22.07.1985	DK	nein	1. befristet bis 30.09.1988 2. bei Aufstellung im Auf- fangraum oder Ausrü- stung mit LAG in Zone III zugelassen

I. Einwändige Stahlbehälter, oberirdisch, mit Kunststoffinnenhölle

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III WStG	Bemerkungen
\$100 620, \$100 6t 990 Stahlblechbeh. mit PVC- Innenhölle u. Lecksonde 620/990 1	Jung-Werke GmbH 5241 Wehbach/Sieg	RP	RP-NLWF vom 14.03.1980 mit And. von 12.06.1981	HEL	nein	bei Aufstellung im Auf- fangraum auch zugelassen für Zone III
Stahlblechbeh. mit PE-Innenbeh.. Haushaltsbeh. 700/1 000 1	Schütz-Werke GmbH & Co. 5418 Selters/Ww.	RP	RP-NLWF v. 24.09.1979	HEL	nein	bei Aufstellung im Auf- fangraum auch zugelassen für Zone III
Stahlblech mit Kunst- stoffinnenhölle Haushaltsbeh. 620/990 1	Verit-Kunststoffwerke W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen/ Westerrald	RP	RP-NLWF v. 15.09.1981	HEL	nein	bei Aufstellung im Auf- fangraum auch zugelassen für Zone III

S. Anlagenteile und Schutzz vorkehrungen

Typebezeichnung	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
Flexwell-Sicherheitsrohr	Kabel- u. Metallwerke Gutehoffnungshütte AG 3000 Hannover	NS	Bez.-Reg. Hannover v. 01.07.1980	Vbf-Füssigkeiten,	Ja	
Überfüllsicherung DS/H 16 Z S/1 A	Alfons Haar Maschinenbau Fangdeckstr. 67 2000 Hamburg 53	NH	Baubeh. HH v. 27.11.1980	HEL, DK		für ortsfeste Behälter, die aus Eisenbahngesellschaften, Schiffen, ortsfesten Behältern befüllt werden.
FlanschÜberwachungs- und Sicherheitssystem für Schlauchleitungen Sicherheits-System S 10	Wiese GmbH & Co KG 5840 Schwerie 1 An der Silbertuhle	NH	LWA NW vom 11.06.1982	entzündbare Stoffe der Klasse III a nach An 6301		befristet bis 30.06.1987
Emco-Schlauchsicherungssystem Typ 3 00 31	Emco Wheaton GmbH 3575 Kirchhain 1	HE	HE-MULUF vom 02.04.1984	entzündbare Stoffe der Klasse III a nach An 6301		befristet bis 31.03.89
Sicherheitssystem für Gelenkrohr-Schiffsverlader	Wiese GmbH & Co. KG 5840 Schwerie 1	NW	LWA NW - 19 h - 84/1.0 vom 05.04.1984 mit End. vom 07.06.1984	Vbf-Füssigkeiten		befristet bis 31.03.89

Tabelle 1:

HCOOH (80 %);	H_2SO_4 (80-96 %)
Chlorwasser (0,7 %);	HNO_3 (50 %)
wässr. Lsg. CuSO_4 ;	HCl (alle Konz.)
NaCl , NaHSO_3 ;	Essigsäure (50 %)
NaClO (300 g Cl/l);	Ameisensäure (50 %)
NaOH (30 %);	Formaldehyd (40 %)
NH_4OH (25 %);	NaOH (60 %); KaoOH (60 %)
H_2SO_4 ($\sigma = 1,28 \text{ g/cm}^3$)	NaOCl (12,5 % freies Chlor)
(Akku-Säure);	Na_2CO_3 ; NaClO_3 ; KCIO_3
CH_3COOH (60 %);	$\text{Ca}(\text{ClO}_3)_2$; H_2O_2 (60 %)
H_3PO_4 (80 %);	Fettsäure (alte Konz.)
HCl (32 %);	NaCl (alle Konz.)
HCHO (40 %)	Glycerin (alle Konz.)

Tabelle 3:

Adipinsäure (wässr. Lösung)	Borsäure (wässr. Lösung)
$\text{Kraftfahrz.-Getriebeöl}$ DIN 51512	Fixirbäder (für Fotozwecke)
Hydrauliköl HL und HLP DIN 51524	Glykol
(Teil 1 und 2)	Phthalsäure (wässr. Lösung)
Siliconöl	Normalschmieröl L-AN DIN 51501
	Motoren- und Schmieröl DIN 51511
	Kraftfahrz.-Getriebeöl DIN 51512
	Hydrauliköl HL und HLP DIN 51524
	(Teil 1 und 2)

Tabelle 4:

Normalschmieröl L-AN DIN 51501
Motoren- u. Schmieröle DIN 51511
Kraftfahrz.-Getriebeöle DIN 51512
Hydrauliköl HL und HLP DIN 51524
(Teil 1 und 2)

Tabelle 5
W. Tabellen der Lagermedien

a) Lagermedien für Laminate mit Schutzschicht max. Betriebstemperatur 30° C		b) Lagermedien für Laminate mit Chemieschutzschicht max. Betriebstemperatur 30° C	
	spez. Gew. (Wasser=1)	spez. Gew. (Wasser=1)	Chemie- schatz- schicht
Acrylharzdissesterone, wässr. (pH-Werte von 5 bis 8)	1,0	ManganSalze, w.L. wie -chlorid, -nitrat, -sulfat	Natriumhypochlorit (bis 16 g aktives Chlor)
Adipinsäure, wässrige Lösung (w.L.)	0,96	Margarine MaschinendL	EisessigSäure (bis 50 %)
Ammoniumsalze, w.L. wie -bromat, -bromid, -chlorid, -nitrat, -perchlorat,		Milchsäure, 10 g, w.L.	Waschrohstoffe (Ethyldentensulfonate) Alkylsulfonate
-phosphat, -sulfat		Natriumsalze, w.L. wie Natriumacetat, -bicarbonat, -bitartrat, -bromat, -bromid -chlorat, -chlorid, -chlorit, -fluorid, -nitrat, -nitrit, -perborat, -perchlorat, -phosphate, -sulfat, -sulfite, -thiosulfat,	Schwefelsäure (bis 60 Gew. %)
Arsenik, w.L.	1,2	NickelSalze, w.L.	Naatrium- und Kalium- hydroxidlösungen (alle Konzentrationen)
Baryumsalz, w.L.	1,5	Öle, pflanzliche, tierische	1,47
Benzosäure	1,5	Öle, mineralische	Type 1
BenzylOctylAcetat	1,12	Ölsäure	
Benzosteinsäure, w.L.	1,12	Palmitinsäure	
Borax, w.L.	1,50	Paraffin (Öl)	
Borsäure, w.L.	1,3	pflanzliche Fette und Öle	0,9
Calciumsalze, w.L.	1,25	Phosphate, anorganische, w.L.	0,88
Cobalsalze, w.L.	1,25	Potassium, w.L.	1,1
Dextrin, w.L.	1,7	Pökelsäure, w.L.	1,21
Dibutylenglykol	1,4	Quecksilber	1,1
Dispersionsone (z.B. Polyvinylacetat, Polyvinylpropionat mit pH-Werten von 5 bis 8)	1,12	Quecksilbersalze, w.L., wie 2,8	13,6
Ferricyankalium, w.L.	1,28	-chloride, -nitrate	1,7
Ferricyankalium, w.L.	1,4	Rizinusöl	0,95
Fette und höhere Fettsäuren	1,4	neutrale, stabile, nicht- oxydierende Salze, w.L.	
Fischtran	0,85	Quecksilbersalze, w.L., wie 2,8 (mit pH-Werten von 4 bis 9)	1
Fixierbinder für fotograf. Zwecke	1,0	Schamferfett, -Öl	1,1
Fruchtsäuren (z.B. Zitronens-, Apfels-, Weinsäure)	1,0	Silicon(fett, -öl)	0,9
Glucosid	1,26	Salzlake	1,05
Glycole (nicht Glykolläther u. -ester)	1,12	Sole(NaCl)	1,2
Glycerin	1,26	Sorbit	1,1
Harnstoff	1,1	Spermöl	0,95
Haushaltswaschmittel-Lösungen (bis 5x)	1,0	Stärke, w.L.	1,5
Heringsslake	1,05	Stärkesirup	0,95
Kaliunsalze, w.L. wie -alaun, -bromat, -bromid, -carbonat, -chlorat, -chlorid, -chromat, -ferri u. ferrocyanid, -perchlorat, -phosphate, -sulfat		Weinsäure, w.L.	1,2
Harnstoff-Formaldehyd	1,12	Tafelzucker, w.L.	1,4
Harze und Leime	1,05	Zinnsalze, w.L.	1,5
Kobaldsalze, w.L., wie -chlorid, -nitrat	1,8	Zitronensäure, w.L.	1,2
Kokosfett(säure)	0,9	Triethylenglykol	0,90
Kupfersalze, w.L., wie -chlorid, -nitrat, -sulfat	0,8	Weinsäure, w.L.	1,12
-Leinölfettsäure)	1,12	Zinksalze, w.L.	1,2
Magnesiumsalze, w.L. wie -chlorid, -nitrat, -sulfat	1,6	Zinnsalze, w.L.	1,4
Maleinsäure, w.L.	0,94	Zitronensäure, w.L.	1,2

W.L. = wässrige Lösung

Tabelle 6:

Ammonium	- bromat	Kalium	- fluorid	Natrium	- bromat	Schmieröle - legierte, nicht emulgierbare
w. L.	- bromid	w. L.	- jodid	w. L.	- bromid	
	- chlorid		- nitrat		- chlorat	Silikongöl
	- nitrat		- nitrit		- chlorid	Spermöl *)
	- perchlorat		- perchlorat		- fluorid	Stearinsäure w. L. *)
	- phosphat		- phosphat		- nitrat	Adipinsäure w. L. *)
	- sulfat		- sulfat		- perchlorat	Benzoësäure w. L.
Barium	- chlorid	Kobalt	- chlorid		- phosphate	Adipinsäure w. L.
w. L.	- nitrat	w. L.	- nitrat		- sulfat	Bernsteinsäure w. L.
Calcium	- chlorid	Kunstharzdispersionen/ wässrige, pH-Werte 5 ./. 8			- sulfat	Borax w. L.
w. L.	- nitrat				- thiosulfat	Borsäure w. L.
	- sulfat	Kupfer	- I-chlorid	Nickel-II	- chlorid	Diethylenglykol
		w. L.	- II-chlorid		- nitrat	Glycerin
			- II-nitrat		- sulfat	Glykol
Ferricyankalium w. L.						Harnstoff (pH-Neut 5-8) w. L.
Ferrocyanalium w. L.						
Harnstoff-Formaldehyd-Lösung z. B. Holzteime		Kupfer	- II-sulfat	Palmitinsäure w. L.)	Natrium	- acetat
		w. L.				- bicarbonat
						- perborat
Kalium	- alumin	Magnesium	- chlorid	Paraffinöl		
w. L.	- bromat	w. L.	- nitrat		Phthalsäure	
	- bromid		- sulfat		Triethyleneglykol	
	- chlorat				Weinsäure *)	
	- chlorid	Mangan-II	- chlorid		Zitronensäure *)	
	- chromat	w. L.	- nitrat			
			- sulfat		Legende:	
					w. L. - wässrige Lösung	
					*) - für technische Zwecke	
					Schmieröle - Grundöle	unlegierte

78420

**Qualitäts- und Melkberatungsdienst
im Rahmen der Güteverordnung Milch**

RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und
Landwirtschaft v. 31. 1. 1986 - II B 5 - 2437.6 - 5145

Hiermit wird der RdErl. d. Ministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten v. 13. 8. 1973 (SMBL. NW.
78420) mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

- MBL. NW. 1986 S. 266.

II.

Innenminister

**Anerkennung
von Tragkraftspritzen,
Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen
für Feuerwehren**

Bek. d. Innenministers v. 31. 1. 1986 -
V B 4 - 4.424 - 4

Die Prüf- und Versuchsstelle Regensburg des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz hat die nachstehend aufgeführten tragbaren Umfüllpumpen, tragbaren Turbotauchpumpen und Feuerlösch-Kreiselpumpen nach den Normvorschriften geprüft:

Tragbare Umfüllpumpen

Firma Wilhelm Mast KG, 7307 Aichwald 1

Explosionsgeschützte tragbare Umfüllpumpe mit Elektromotor, TUP 3-1,5, DIN 14 424

Prüf-Nr. PVR 250/1/77

Tragbare Turbotauchpumpen

Firma Prokosch Pumpen und Armaturen, 7524 Östringen

Tragbare Turbotauchpumpe TTP 8/1/8, DIN 14 426

Prüf-Nr. PVR 315/1/85

Firma Max Widenmann GmbH, Armaturenfabrik,
7928 Giengen/Brenz

Tragbare Turbotauchpumpe TTP 8/1/8, DIN 14 426

Prüf-Nr. PVR 316/2/85

Feuerlösch-Kreiselpumpen

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nenndrehzahl	Entlüftungs- einrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
Albert Ziegler GmbH & Co. KG Giengen/Brenz	FP 8/8 Heck- rechts	2 2900	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 366	PVR 317/3/85
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 3440	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 366	PVR 318/4/85

Die Prüfung ergab, daß die Pumpen mit den einschlägigen Normen übereinstimmen.

In der mit Bek. d. Innenministers v. 15. 1. 1985 (MBL. NW. S. 126) veröffentlichten Aufstellung über geprüfte Feuerlösch-Kreiselpumpen und Tragkraftspritzen sind bedauerlicherweise bei vier Pumpen die Drehrichtungen falsch angegeben worden. Hierbei handelt es sich um folgende Prüfnummern:

PVR 270/18/83
PVR 275/23/83
PVR 276/24/83
PVR 277/25/83

Im folgenden werden diese Pumpen nochmals mit den richtigen Angaben komplett aufgeführt.

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nenndrehzahl	Entlüfungseinrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
Albert Ziegler GmbH & Co. KG Giengen/Brenz	TS 8/8 – links	1 4100 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Volkswagenwerk AG 122	PVR 270/18/83
IVECO-Magirus AG Ulm/Donau	TS 4/5 – links	1 3000 1/min	Handkolbenpumpe	Ilo-Motorenwerke L 372 RRT	PVR 275/23/83
dito	FP 8/8 Front- rechts	2 3150 1/min	Gasstrahler	Fiat 8340-04	PVR 276/24/83
dito	FP 16/8 Front- rechts	2 3800 1/min	Gasstrahler	Fiat 8340-04	PVR 277/25/83

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBI. NW. S. 2280/SMBI. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1986 S. 266.

Innenminister

Bezeichnung von Unternehmen nach § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO

Bek. d. Innenministers v. 4. 2. 1986 –
III A 4 – 38.80.20 – 4157/85

Im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe ich im Jahr 1985 die folgenden Unternehmen, an denen Gemeinden und Gemeindeverbände allein oder überwiegend beteiligt sind, als Unternehmen im Sinne des § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO bezeichnet:

Lfd. Nr.	Entscheidung vom	Unternehmen	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
1	22. 1. 1985	Gemeinnützige Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit mbH., Langenfeld	Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband
2	6. 3. 1985	Vermögensverwaltungsgesellschaft der Stadt Altena mbH., Altena	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
3	6. 3. 1985	Vermögensverwaltungsgesellschaft der Stadt Plettenberg mbH., Plettenberg	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
4	19. 3. 1985	Bergkamener Berufsausbildungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bergkamen	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
5	29. 3. 1985	Energiebeteiligungsgesellschaft des Märkischen Kreises und der Städte Altena, Iserlohn und Plettenberg mbH., Altena	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
6	10. 4. 1985	NOWEA International Gesellschaft mbH., Düsseldorf	Eigenunfallversicherung der Stadt Düsseldorf
7	6. 5. 1985	Stern-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH., Detmold	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
8	14. 5. 1985	Gemeinnützige Gesellschaft für außerbetriebliche Ausbildung Ratingen mbH., Ratingen	Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband
9	31. 5. 1985	Theater und Philharmonie Essen GmbH, Essen	Eigenunfallversicherung der Stadt Essen

Lfd. Nr.	Entscheidung vom	Unternehmen	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
10	31. 5. 1985	Jugendberufsschule Essen e. V., Essen	Eigenunfallversicherung der Stadt Essen
11	29. 7. 1985	Kapitalbeteiligungsgesellschaft für Innovationsförderung im Siegerland mbH, Siegen	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
12	27. 8. 1985	Parkstätten- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH, Bad Oeynhausen	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
13	25. 10. 1985	Kölnmusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH., Köln	Eigenunfallversicherung der Stadt Köln
14	6. 12. 1985	Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH, Lippstadt	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe

- MBl. NW. 1986 S. 267.

Justizminister

Ungültigkeitserklärung eines Amtssiegels eines Notars

Bek. d. Justizministers v. 31. 1. 1986 - 5413 E - I B. 197

Das nachstehend näher bezeichnete Amtssiegel (Farbdrucksiegel) eines Notars ist in Verlust geraten.

Das Amtssiegel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Siegels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Präsidenten des Landgerichts Köln mitzuteilen.

Beschreibung des Amtssiegels

nicht numerierter Gummistempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen

Durchmesser: 35 mm

Umschrift: Dr. Günther Schotten, Notar in Köln

- MBl. NW. 1986 S. 268.

Wegen der Einstellungsvoraussetzungen wird auf das MBl. NW. Nr. 22 vom 13. 4. 1984 S. 318 hingewiesen.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen; Bewerber, die nicht im öffentlichen Dienst tätig sind, reichen ihre Bewerbung bei dem Präsidenten des Finanzgerichts Düsseldorf ein.

- MBl. NW. 1986 S. 268.

Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen

Bekanntmachung

Betr.: 12. Sitzung der Vertreterversammlung

Die 12. öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung der Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in der 6. Wahlperiode findet am 11. April 1986 im Kurhaus-Hotel, Birkenallee 4, 4792 Bad Lippspringe, statt.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Düsseldorf, den 4. Februar 1986

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung
Niehaus

- MBl. NW. 1986 S. 268.

Stellenausschreibung für das Finanzgericht Düsseldorf

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

1 Stelle eines Richters/einer Richterin am Finanzgericht beim Finanzgericht Düsseldorf.

I.

2128

Nichtraucherschutz in Diensträumen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 4. 12. 1985 – V A 4 – 0394.2

In meinem RdErl. v. 31. 1. 1975 „Nichtraucherschutz in Diensträumen“ habe ich auf die Bedeutung des Schutzes der gesundheitlichen Belange von Nichtrauchern vor den Gefährdungen und Belästigungen durch Tabakrauch während der Dienstzeiten hingewiesen. Die Dienststellenleiter wurden gebeten zu prüfen, ob nichtrauchende Mitarbeiter und Besucher im jeweiligen Geschäftsbereich hinreichend vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt sind.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 13. September 1984 – 2 C 33.82 – ausdrücklich auf diesen Erlaß Bezug genommen und den Anspruch des Nichtrauchers auf den Schutz seiner Gesundheit vor den Beeinträchtigungen durch Tabakrauch gegenüber dem Dienstherrn grundsätzlich anerkannt.

Ergebnisse neuerer Untersuchungen über die Gesundheitsgefahren des Tabakrauchs in geschlossenen Räumen geben darüber hinaus Veranlassung, die Behördenleiter erneut auf die Schutzbedürftigkeit der Nichtraucher hinzuweisen und auf die Notwendigkeit einer Erfüllung ihrer Fürsorgepflicht gemäß § 85 LBG NRW und § 818 Abs. 1 BGB gegenüber Passivrauchern aufmerksam zu machen.

Die Leiter der Behörden, Dienststellen, Gerichte und anderen Einrichtungen des Landes sind verpflichtet, unter Beteiligung der Personalvertretung zu prüfen, ob in ihrem Geschäftsbereich nichtrauchende Mitarbeiter und Besucher vor den Nachteilen und Gefahren des Passivrauchens hinreichend geschützt sind und ggf. zur Wahrung des Nichtraucherschutzes notwendige Maßnahmen zu veranlassen.

Dabei ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Raucher und Nichtraucher sind im Rahmen des Möglichen nicht in gemeinsamen Diensträumen unterzubringen. Sind die räumlichen und personellen Vorausset-

zungen dazu nicht gegeben, ist das Rauchen vom Einverständnis des im selben Dienstraum unterzubringenden Nichtrauchers abhängig zu machen.

- In Kantinen, Aufenthalts- und Pausenräumen sind geeignete Maßnahmen (z. B. getrennte Bereiche für Raucher und Nichtraucher) zum Schutz der Nichtrauchenden vor Tabakrauch festzulegen. Wenn dies nicht möglich ist, ist das Rauchen in diesen Räumen zu untersagen.
- In Aufzügen, Gängen mit Wartezonen für Besucher, Räumen mit Besucherverkehr, in Lehr- und Unterrichtsräumen ist das Rauchen zu untersagen.
- In Dienstfahrzeugen ist das Rauchen vom Einverständnis aller Mitfahrenden abhängig zu machen.
- Bei Sitzungen und sonstigen dienstlichen Zusammenkünften hat der Schutz der Nichtraucher Vorrang vor den Bedürfnissen der Raucher. Der Sitzungsleiter hat durch eine entsprechende Pausengestaltung für einen Ausgleich der Belange zu sorgen.

Ich bitte die kreisfreien Städte und Kreise, die Selbstverwaltungskörperschaften sowie die Träger öffentlicher und privater Einrichtungen, zum Schutz der Nichtraucher entsprechende Regelungen für ihren Bereich zu treffen.

Informationsmaterialien stehen bei den Gesundheitsämtern sowie beim Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen – idis –, Westerfeldstraße 15, 4890 Bielefeld, zur Verfügung.

Der Erlass ergeht im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei und allen Ministern des Landes und nach Beteiligung des Hauptpersonalrates beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß § 78 Abs. 1 Satz 2 des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1514), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. 1985 S. 29), – SGV. NW. 2035 –.

Mein RdErl. v. 31. 1. 1975 (SMBL. NW. 2128) wird aufgehoben.

– MBL. NW. 1986 S. 269.

II.

Hinweis**Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen****Nr. 2 v. 15. 2. 1986**

(Einzelpreis dieser Nummer 9,30 DM zuzügl. Portokosten)

Teil I – Kultusminister**Amtlicher Teil**

Verwaltungsvorschriften zur Verordnung über die Ausbildung und die Prüfungen im Kolleg für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern (Spätaussiedler) – (VVzAPO-SpA) RdErl d Kultusministers v 26. 11. 1985

Lehrgänge des Fußballverbandes Niederrhein e. V. 83

Sportfreizeiten in der Sportschule Kaiserau 83

76 Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil II-Minister für Wissenschaft und Forschung – vom 15. Februar 1986 83

Nichtamtlicher Teil

Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers

81 Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 8. bis 30. Januar 1986 83

Treffen Junger Liedermacher '86 vom 6. bis 10. November 1986

82 Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 10. bis 28. Januar 1986 85

Wettbewerb „Erlebter Frühling 1986“

82 Anzeigen 86

Lehrerfortbildung – Sport – durch den Westdeutschen Skiverband e. V. Skilauf alpin

83 Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen 86

Ferienlehrgang „Jazzdance für Fortgeschrittene“

Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung**Amtlicher Teil**

Ordnung für die Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (PNDS) für ausländische Studienbewerber an der Ruhr-Universität Bochum vom 1. Dezember 1985

Promotionsordnung der Fakultät für Elektrotechnik der Ruhr-Universität Bochum vom 3. Januar 1986 109

97 Richtlinien für die Bewilligung von Urlaub für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke im Hochschulbereich. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 30. 12. 1985 112

Zweite Satzung zur Änderung der Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Journalistik an der Universität Dortmund vom 17. Dezember 1985

98 Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil I-Kultusminister – vom 15. Februar 1986 113

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Chemie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 17. Dezember 1985

Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 8. bis 30. Januar 1986 114

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Kooperative Ingenieurausbildung im Studienfach Maschinenbau (Maschinenbau, Kooperative Ingenieurausbildung) Studienrichtung Konstruktionstechnik im Fachbereich Maschinenbau und Verfahrenstechnik an der Fachhochschule Niederrhein vom 17. September 1985

103 Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 10. bis 28. Januar 1986 115

- MBI. NW. 1986 S. 270.

Einzelpreis dieser Nummer 8,80 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Aboanamentsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8518-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-3569